



**ANTONIO TAJANI**

## „Eine von oben verordnete Politik ist keine Lösung“

**Herr Kommissar, Italien droht der politische Stillstand. Sollten in Ihrer Heimat nicht besser mit Neuwahlen klare Verhältnisse geschaffen werden?**

Die Lage ist definitiv nicht einfach. Ich vertraue aber darauf, dass Italien in der Lage sein wird, eine stabile Regierung zu bilden, die den dringend notwendigen Reformprozess fortführen wird. Dabei kommt dem Staatspräsidenten eine wichtige Rolle zu.

**Die Regierung von Mario Monti hat Italiens Ruf in Europa aufpoliert. Warum haben ihn die Wähler nicht belohnt?**



**Industriekommissar Antonio Tajani:** Der Römer ist Vizechef der EU-Behörde.

Monti hat einen Prozess weitergeführt, den die Vorgängerregierung begonnen hat. Es scheint, als sei seine Politik zu sehr auf Sparsamkeit und zusätzliche Besteuerung ausgerichtet gewesen.

**Die Italiener vertrauen also jenen, die ihnen das Blaue vom Himmel versprechen wie Beppe Grillo oder Silvio Berlusconi?**  
Die italienische Zentrumsrechte hat stets konstruktiv und im Dienste des Euros und der europäischen Integration gearbeitet. Grillos politische Bewegung hat die Menschen aber ermutigt, ihrem Ärger freien Lauf zu lassen, und dem gesellschaftlichen Missbehagen Ausdruck gegeben. Wir tun gut daran, solche Botschaften zu verstehen und politisch darauf zu reagieren.

**Wie könnte eine passende Reaktion denn aussehen?**

Die Kosten für das politische System und die öffentliche Verwaltung müssen runter. Wir müssen für ein Europa kämpfen, dem sich die Bürger enger verbunden fühlen. Das ist der einzige Weg, mit dem sich Populismus begegnen lässt.

**Ist das Wahlergebnis nicht ein verheerendes Signal für die europäischen Partner**

**und deren Krisenbewältigungspolitik?**

Die Italiener haben schon beträchtliche Opfer gebracht. Sie müssen aber darauf vertrauen können, dass die Politik auch kurzfristig Wachstum ankurbelt und Arbeitsplätze schafft. Die neue Regierung sollte sich also schnellstens auf Maßnahmen konzentrieren, die der Industrie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit verhelfen, den Mittelstand unterstützen und Investitionen ankurbeln. Anders gesagt: Die Realwirtschaft gehört ganz oben auf die Agenda.

**Die Lehre aus der Wahl lautet also, weniger sparen und mehr Geld ausgeben, um die Wirtschaft anzukurbeln?**

Eine von oben nach dogmatischen Ansätzen verordnete Politik wird die Probleme in der Euro-Zone nicht lösen. Wir sollten offener werden für die Bedürfnisse der Menschen. Austeritätspolitik werden sie nur akzeptieren, wenn wir ihnen gleichzeitig Hoffnung geben. Insofern ist es richtig, wenn die **EU-Kommission** immer wieder die Dringlichkeit einer auf mehr Wachstum zielenden Politik betont.

Die Fragen stellte Thomas Ludwig.